N. 3273.

CURRENDA XVII.

A. D. 1866.

L. 3075.

Nowe bilety Państwa (Staatsnoten) JEDNO- i PIĘCIOREŃSKOWE A. W. z datą 1. Lipca 1866.

Niniejszem podajemy do wiadomości, że według Rozporządzenia Wysok. C. K. Ministerstwa skarbu z 30. Sierp. r. b. L. 102 wydrukowanego w oddziale XLII i wydanego 1. Wrz. 1866. puszczają się w obieg bilety Państwa z 1wszym Wrz. r. b. z znakiem wodnym: St. — N. obok których jednak istnieć i pobierane jeszcze będą stare banknoty na 1 i 5 reńsk. A. W. aż do ostatniego Grudnia 1868 w kasach publicznych.

Opis ich obszerny znaduje się w oddziale wzmiankowanym.

Tarnów 13. Wrz. 1866.

L. 3065.

Nowe finansowe operacye z kredytem 200 milionów.

Ustawa z 25. Sierpnia 1866, L. 101. wydrukowana w Dzienniku Praw Państwa w oddziale XLI wydanym na dniu 28. Sierp. r. b. przyniosła Nam Rozporządzenie Najwyższe względem finansów Państwa.

Z Kredytu 200 milionów, Wys. Ministerstwu udzielonego, takowe się upoważnia, a) wypożyczyć od Banku Narodowego Austryackiego 60 milionów banknotów po 1 i 5 złr. b) wypuścić z 1. Wrz. 1866 za 90 milionów nowe bilety po 1 i 5 złr. pod nazwą *biletów Państwa* (Staatsnoten) a resztę 50 milionów obrócić na pożyczkę $5/_{00}$ową. c) ściągać owe bilety bankowe wypożyczane... od 1. Stycz. 1867. aż do 31. Grud. 1869. i zastąpić je biletami Państwa po 1 i 5 złr. dalej d) wydać bilety na 25 i 50 złr., gdyby się rozmnożenie biletów na 1 i 5 złr. w sprawach publicznych ciężarem stać miało — Te i podobne finansowe czynności zawierają się w następującem C. K. Rozporządzeniu: —

„Z. 101. Gesetz vom 25. August 1866, betreffend die weitere Beschaffung der Geldmittel für die durch die Kriegsereignisse und ihre Nachwirkungen hervorgerufenen außerordentlichen Erfordernisse und die Normirung und Abgränzung der in Werthzeichen bestehenden schwebenden Staatsschuld.

Um die Finanzverwaltung in die Lage zu setzen, den durch die Kriegsereignisse und

ihre Nachwirkungen hervorgerufenen außerordentlichen Geldbedarf zu beschaffen, und den Staatshaushalt inmitten der durch die andauernde Schmälerung der ordentlichen Statseinnahmen verursachten empfindlichen Störungen fortzuführen, und um ferners der im Drange der Zeiten durch das Gebot zwingender Staatsnothwendigkeit angewachsenen, in Werthzeichen bestehenden schwebenden Staatsschuld eine feste Norm und Abgränzung zu geben, finde Ich, im Verfolge des Gesetzes vom 7. Juli 1866 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 89.) und mit Beziehung auf das Gesetz vom 5. Mai 1866 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 51), auf Grund Meines Patentes vom 20. September 1865 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 89), nach Anhörung Meines Ministerrathes, zu verordnen, wie folgt:

I. Mein Finanzminister wird ermächtigt, auf Rechnung des ihm mit dem Gesetze vom 7. Juli 1866 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 89) im Gesammtbetrage von 200 Millionen Gulden eröffneten und im Belange von 140 Millionen Gulden noch zur Verfügung stehenden Credites einen Betrag von fünfzig Millionen Gulden durch die Emission von 5perzentigen, auf österreichische Währung lautenden, mit den Verzinsungsterminen vom 1. Mai und 1. November jeden Jahres versehenen, nach Artikel VI des Gesetzes vom 23. Dezember 1859 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 226) mit ½ Perzent jährlich zu tilgenden Staatsschuldverschreibungen in der Art zu beschaffen, daß diese Obligationen zu den bestmöglichen Preisen durch commissionsweisen Verkauf oder durch Ueberlassung an ein sich bildendes Consortium bis zur Erreichung der obigen Barsumme begeben werden.

II. Für den Rest des mit dem Gesetze vom 7. Juli 1866 eröffneten Credites werden bis zum Betrage von 90 Millionen Gulden österr. Währung förmliche Staatsnoten zu 1 fl. und zu 5 fl. nach Bedarf angefertigt, und vom 1. September 1866 angefangen in Umlauf gesetzt werden.

Zugleich wird der Finanzverwaltung das Recht vorbehalten, das Aequivalent für die, kraft des Gesetzes vom 7. Juli 1866 von der Nationalbank bereits vorschußweise behobenen 60 Millionen Gulden Banknoten durch die Emission von förmlichen Staatsnoten zu 1 und 5 fl. für den Fall und in dem Maße zu beschaffen, als die Rückzahlung des der Bank entnommenen Vorschusses ausschließlich in deren eigenen Noten nicht, oder nur theilweise innerhalb eines Jahres nach geschlossenem Frieden, durch die laufenden Einnahmen, durch sonstige Zuflüsse oder Creditsoperationen ermöglicht werden könnte.

III. Ferner werden in Gemäßheit eines zwischen der Finanzverwaltung und der österreichischen Nationalbank am 3. Juli 1866 abgeschlossenen Uebereinkommens die kraft des Gesetzes vom 5. Mai 1866 als Staatsnoten erklärten Noten der österreichischen Nationalbank zu 1 fl. österr. Währung ddo. 1. Jänner 1858, und zu 5 fl. österr. Währung ddo. 1. Mai 1859, vom 1. Jänner 1867 angefangen eingezogen, und an ihrer Stelle förmliche Staatsnoten gleichen Appoints hinausgegeben werden.

Diese Umwechslaung hat in der Art zu geschehen, daß die vom 1. Jänner 1867

angefangen in die landesfürstlichen Cassen einfließenden, die Firma der österreichischen Nationalbank tragenden Noten zu 1 und 5 fl. in den Cassen behufs ihrer Abgabe an die Nationalbank und Vertilgung zurükbehalten, und im Umlaufe durch das entsprechende Aequivalent neu zu emittirender förmlicher Staatsnoten ersetzt werden.

Für diejenigen, die Firma der Nationalbank tragenden Noten zu 1 und 5 fl., welche außer den landesfürstlichen Cassen mit und nach dem 1. Jänner 1867 im Umlaufe sich befinden, wird ein Termin bis 31. Dezember 1869 gesetzt, innerhalb dessen dieselben bei eigens zu bestimmenden Verwechslungscassen in vollem Nennwerthe gegen Staatsnoten auf Verlangen der Parteien umgetauscht werden können; vom 1. Jänner 1870 bis Ende Dezember 1872 wird die Umwechslung nur über förmliche, an Mein Finanzministerium zu richtende Gesuche gestattet, und nach Ablauf dieses letzten Termines hat jede weitere Einlösungsverbindlichkeit zu entfallen.

IV. Für den Fall, als in Durchführung ber Bestimmungen der Artikel II und III des gegenwärtigen Gesetzes eine Ueberfüllung des Verkehres mit Staatsnoten zu 1 und 5 fl. eintreten sollte, wird Mein Finanzminister ermächtigt, statt Noten kleinster Kategorie auch Staatsnoten in Appoints zu **25 fl.** und **50 fl.** unter Einhaltung der für die Emission von Staatsnoten überhaupt vorgezeichneten Maximalgränze in Umlauf zu setzen.

V. Für die nach den vorangehenden Artikeln II, III und IV zu emittirenden förmlichen Staatsnoten gelten bezüglich der allgemeinen Verpflichtung zu ihrer Annahme an Zahlungsstatt dieselben Bestimmungen, welche mit dem Gesetze vom 5. Mai 1866 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 51) für die als Staatsnoten erklärten Noten der österreichischen Nationalbank zu 1 und 5 fl. erlassen worden sind.

Demnach sind die förmlichen Staatsnoten, welche kraft dieses Gesetzes hinausgegeben werden, von allen landesfürstlichen Cassen und Aemtern bei allen Zahlungen, die nicht in Folge besonderer gesetzlicher Bestimmungen in klingender Münze entrichtet werden müssen, an Zahlungsstatt in ihrem Nennwerthe anzunehmen und auch bei allen Zahlungen des Staates, bei denen nicht ausdrücklich die Leistung in klingender Münze festgesetzt ist, an Zahlungsstatt im Nennwerthe zu geben; deßgleichen ist, unbeschadet der in der kaiserlichen Verordnung vom 7. Februar 1856 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 21) und in dem Patente vom 27 April 1858 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 63) enthaltenen Bestimmungen Jedermann ausnahmslos verpflichtet, die Staatsnoten nach ihrem vollen Nennwerthe in Zahlung, beziehungsweise von der privilegirten österreichischen Nationalbank bei Umwechslung ihrer Noten, dann bei Einziehung der einzelnen Gattungen oder einer ganzen Auflage von Banknoten (§§. 15 und 18 der Statuten dieses Institutes, Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 2 vom Jahre 1863) anzunehmen.

Die allgemeine Verpflichtung zur Annahme an Zahlungsstatt in vollem Nennwerthe verbleibt den, die Firma der Nationalbank tragenden, nach Artikel III des ge-

genwärtigen Gesetzes zur Einziehung bestimmten Noten zu 1 und 5 fl. bis 31. Dezember 1868.

VI. Die nach Artikel II zu emittirenden Staatsnoten im Betrage von 90 Millionen Gulden, die in Gemäßheit des Gesetzes vom 5. Mai 1866 als Staatsnoten erklärten Noten der österreichischen privilegirten Nationalbank im Betrage von 150 Millionen Gulden, beziehungsweise das nach Artikel III dieses Gesetzes durch ihren Umtausch sich ergebende Aequivalent in Staatsnoten, dann die von der österreichischen Nationalbank in Gemäßheit des Gesetzes vom 7. Juli 1866 (Reichs-Geseß Blatt Nr. 89) vorschußweise entnommene, inerhalb eines Jahres, eventuell nach Artikel II dieses Gesetzes durch Staatsnoten zu ersetzende Summe von 60 Millionen Gulden werden mit den vom Staate hinausgegebenen, durch das Gesetz vom 17. November 1863 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 98) auf einen Maximal-Umlauf von 100 Millionen Gulden begränzten Partial-Hypothekar-Anweisungen der Art in Verbindung gebracht, daß die Summe der auf Lasten des Staates circulirenden Geldzeichen und jene der im Umlaufe befindlichen Partial-Hypothekar-Anweisungen zusammen den Betrag von 400 Millionen Gulden im Maximum nicht überschreiten darf, zugleich aber der Finanzminister ermächtigt wird, für den Fall, als der Umlauf der Partial-Hypothekar-Anweisungen unter das für diese Effectengattung vorgezeichnete gesetzliche Maximum sinkt, den Abgang an Partial-Hypothekar-Anweisungen durch eine entsprechende Erhöhung des Staatsnotenumlaufes zu ersetzen, während für den Fall der zunehmenden Nachfrage nach Partial-Hypothekar-Anweisungen, im Verhältnisse des inerhalb ihres aufrecht bleibenden Maximums von 100 Millionen Gulden steigenden Absatzes, der Staatsnotenumlauf entsprechend zu verringern sein wird.

Durch diese Reglung des Verhältnisses zwischen Staatsnoten und Partial-Hypothekar-Anweisungen bleiben die für Letztere durch die Einverleibung des Pfandrechtes in die öffentlichen Bücher eingeräumten Sicherstellungen auf die Aerarial-Saline in Gmunden (das k. k. obderensische Salzkammergut mit allen seinen Zugehörungen), auf die Aerarial-Saline Hallein und auf die Aerarial-Saline Aussee (das k. k. steirische Salzkammergut mit seinen Zugehörungen) vollkommen unbeirrt.

VII. Die Staatsnoten sind als im Umlaufe befindlich anzusehen, sobald dieselben von der Staatscentralcasse, sei es durch Dotirung anderer Staatscassen, sei es durch Hinausgabe an Parteien an Zahlungsstatt, in Ausgabe gestellt worden sind.

Demnach sind bloße Staatsnoten-Reserven, welche bei der Staatscentralcasse Behufs seinerzeitiger Verausgabung oder Umtausches gegen unbrauchbar gewordene oder außer Verkehr gesetzte Staatsnoten in Vorrath gehalten werden, als nicht im Umlauf befindlich zu betrachten, und ist demnach das gesetzliche Maximum der Umlaufsmenge zu berechnen.

Das Gleiche gilt für die Berechnung der nach Artikel II des Gesetzes vom 5. Mai 1866 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 51) mit einem Maximalbetrage von 150 Millionen

Gulden festgesetzten Umlaufsmenge der als Staatsnoten erklärten Noten zu 1 und 5 fl. hinsichtlich der in Gemäßheit des Uebereinkommens vom 3. Juli 1866 bei der österreichischen Nationalbank erliegenden Reserven dieser Notengattungen.

VIII. Die in den Artikeln **VI** und **VII** dieses Gesetzes vorgezeichnete Maximalgränze der in Werthzeichen bestehenden schwebenden Schuld ist im Falle der Herstellung eines gesicherten Friedenszustandes unüberschreitbar und wird bei dem Zutreffen dieser Voraussetzung eine weitere Vermehrung der Werthzeichen auf Grund Meines Patentes vom 20. September 1865 nicht erfolgen.

In dieses Maximum sind auch diejenigen Beträge, welche der Staat zur Linderung der Kriegscalamitäten oder zur Bekämpfung des Nothstandes einzelner Ländertheile in der nächsten Uebergangsperiode in Form von Vorschüssen oder Darlehen an Einzelne oder an Corporationen in Staatsnoten zu verabreichen in die Lage kommen sollte, einzubeziehen.

Die Bestimmungen über die successive Fundirung, beziehungsweise Tilgung der Staatsnoten werden mit einem besonderen, ehethunlichst zu erlassenden Gesetze festgestellt werden.

IX. Bezüglich der Münzscheine bleiben die Bestimmungen der kaiserlichen Verordnung vom 17. November 1860 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 256) und des Gesetzes vom 25. Mai 1866 (Reichs-Gesetz-Blatt Nr. 64) aufrecht.

X. Die Comission zur Controle der Staatsschuld wird bezüglich der im Artikel **I** dieses Gesetzes vorgesehenen Emission von Staatsschuldverschreibungen ihr Amt handeln und insbesondere die zu emittirenden Effecten contrasigniren.

Dieselbe wird ferner den Umlauf der dermalen noch in Form von Banknoten bestehenden Staatsnoten, sowie die successive Auswechslung derselben mit förmlichen Staatsnoten und überhaupt die Emission dieser letzteren, sowie die Einhaltung der in diesem Gesetze vorgezeichneten Maximalgränze der in Werthzeichen bestehenden schwebenden Schuld und das Verhältniß dieser letzteren zu den im Umlaufe befindlichen Partial-Hypothekar-Anweisungen überwachen, und endlich monatlich einen Ausweis über die noch im Umlaufe befindlichen Staatsnoten zu 1 und 5 fl. der Banknotenform, über die Menge der in Umlauf gesetzten förmlichen Staatsnoten und über den Umlauf der Partial-Hypothekar-Anweisungen, sowie über die Gesammtsumme aller drei Kategorien in der Weise veröffentlichen, daß die in der Staatscentralcasse oder in den Bankcassen lediglich zur Hinausgabe bereit gehaltenen Effecten, im Sinne des Artikel **VII** dieses Gesetzes, nicht als im Umlaufe befindlich gerechnet werden.

XI. Mein Finanzminister ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Schönbrunn, am 25. August 1866.

Franz Joseph m. p. Graf **Belcredi** m. p. Graf **Larisch-Moenich** m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung: Bernhard Ritter von **Meyer** m. p.

Na zakończenie nadmieniamy, że banknoty dotychczasowe, na 1 i 5 złr. choć z 1szym Stycz. 1867 wychodzą nowe bilety na ich miejsce pod nazwą Staatsnoten, pobierane bydź winne aż do ostatniego Grudnia 1868. i że banknoty wyższą wartość mające, na 10 złr. i t. d. zostaną w dalszym obiegu.

To wszystko niech służy ku własnemu i drugich oświéceniu.

Tarnów 15. Września 1866.

L. 1287.

Składka na kościół w Biéczu poléca się.

Podupadłe dziś miasteczko **Biécz**, słynne niegdyś za czasów świetności ojczyzny naszéj ozdobnemi gmachy i zamożnością obywateli, zwane małym Krakowem, (parva Cracovia) rodzinne miejsce historyka i dyplomaty z XVI wieku, Marcina **Kromera**, przechowuje po dziś dzień w kościele parafialnym sięgającym początku 14 W. cenną pozostałość lepszéj własnéj i narodu naszego przeszłości. Według ocenienia znawców jest kościół Biécki wspaniałym zabytkiem architektury ostrołukowéj, w stylu u nas właściwym, zwanym **wiślano-baltyckim**. W czasach zamieszek Konfederacyi barskiéj srogiemu uległ przez Moskali zniszczeniu, odtąd chylił się zwolna, już to ulegając wpływowi czasu, już to skutkiem nieumiejętnie przedsiębranéj naprawy, do upadku, który dzisiaj grożąco nad nim zawisnął. Dopiéro w ostatnich latach obudzonego zamiłowania zabytków sztuki, jął się W. J. M. C. X. Tomasz Jaszczor, Proboszcz Biécki, do ochronienia od niechybnéj ruiny téj jednéj z najpiękniejszéj kraju naszego świątyni. Zabiegi jego poparł wysoki C. K. Rząd za osobistym wpływem Jego Exc. Hr. Mensdorfa, znawcy i miłośnika sztuki, w trzech latach włożono w odnowę w mowie będącego Kościoła 18000 złr. w. a. a podług obliczenia C. K. techników w Krakowie potrzeba jeszcze 30000 złr. w. a. do uratowania go od upadku, nie biorąc w rachubę odnowienia Ołtarzy i wnętrznych murów kościelnych. Część wydatków poniesie w prawdzie z prawa potronatu Najjaśniejszemu Panu przysługującego Wysoki Rząd, reszta jednakże w żaden sposób nie może być rozłożona na nie zbyt liczną i wcale nie zamożną konkurencyą. Do całego przeto kraju, do wykształconéj warstwy narodu naszego miłującéj zabytki przeszłości, i do pobożnego przywiązania ludu naszego do wspaniałości domów Bożych ucieka się W. JMC. X. Tomasz Jaszczor. W tym celu postarał się o wierną kopią obrazu, przedstawiającego chwilę po zdjęciu Chrystusa Pana z krzyża, umieszczonego w wielkim ołtarzu kościoła Biéckiego, pędzla jeźli nie Pawła z Werony (Paulo Veronese) lub jego szkoły, to pewnie Jakóba Palmy młodszego (Giacomo Palma) a należącego do bardzo cennych zabytków szkoły włoskiéj, — i sprzedaje takowe na cel odnowienia Biéckiego kościoła po cenie 50 centów w. a. Najprzewielebniejszy Ordynaryat Przemyski pod dniem 22. Września 1865. L. 1988. zabezpieczył odprawienie co miesiąc przez 10 lat w parafialnym kościele Biéckim uroczystego nabożeństwa z odmówieniem 5 Ojcze nasz, 5 Zdrowaś Marya i 1 Wierzę za wszystkich Dobrodziejów kościoła żywych lub umarłych; za takich poczytani będą Ci, którzy jeden z rzeczonych obrazków kupią.

W. JMC. X. Jaszczor udał się do Nas z prośbą, abyśmy rozsprzedaż wspomnionych obrazków w Dyecezyi polecili. Przychylając się do Jego prośby, czynimy to w tém zaufaniu, że WW. Duchowieństwo, które dotąd chętnie i wspaniałomyślnie ofiary składało, ilekroć do niego, czy to w imię przywiązania do kościoła ś. czy to w imię miłości bliźniego, czy potrzeb kraju odezwaliśmy się, nie zawiedzie oczekiwania Naszego, ale Swym wpływem i zachętą przyczyni się, aby z rąk również chętnych parafian najobfitsze na odnowę kościoła Bieckiego spłynęły datki.

W téj nadziei dołączamy tutaj ·/. do każdego Dekanatu pewną egzemplarzy liczbę, Przewielebni XX. Dziekani w rozsprzedarzy i przesyłce pieniędzy ochoczo pośredniczyć zechcą.

Tarnów 12. Kw. 1866.

L. 3244.

Zeszyty pisma peryodycznego: „BONIFACIUS BLATT" rozsełają się.

Z tych zeszytych 30 odebranych (po 10. z N. 3. 4. i 5.) dla każdego Dekanatu po 1. dołączamy przy téj kurendzie. Opisują takowe z różnych części Rzeszy niemieckiéj działania Missyjne, wielce zbawienne.... a szczegolniéj N. 5., który w sobie zamyka **Rachunki** za rok 1865. W nich podziwiać trzeba tak znaczny dochód ze składek, bo aż sumę 71272 tal. i 24 grosz. śreb. z pozostałością 53801 tal. i 29 śreb. gros. z roku 1864; razem 125074 tal. 23 sr. gr.; tudzież obdzielenie z niéj miejsc przeszło 246. missyjnych w kwocie 63651 tal. i 26 gr. sr. i 7 fen. i t. d. Prócz tego różne wpłynęły podarki w ornatach, kapach, stułach, albach, komeszkach, poduszkach i t. d. i t. d.

Komitet tak błogie rozsiewając błogosławieństwo pomiędzy różnowiercami, wzywa Nas sąsiadów do przyczynienia się groszem wdowim. Zasilajmy, ile w naszéj możności.

Tarnów dnia 19. Wrz. 1866.

Mutationes inter Ven. Clerum ab 8. Julii usque ad finem Augusti 1866.

(Continuatio ad Curr. IV. VIII. et XIII. ex 1866)

Data	N.	
26. Julii 1866.	N. 2567.	R. Adalb. **Płaneta** Coop. in Łącko translatus ad Mikluszowice.
dtto		R. Joan. **Putała** Coop. in Mikluszowice translat. ad Piwniczna.
dtto		R. Adolfus **Brandt** Coop. in Mikluszowice translatus ad Łącko.
dtto	N. 2629.	R. Anton. **Windyka** factus Cooper. in Lubzina.
1. Aug. 1866.	N. 2713.	A. R. Ant. **Wróbel** Spiritualis in Seminario Diœcesano institutus pro Zbyłtowska góra.
dtto		R. Adalbertus **Kęska** Admin. in Zbyłtowska góra factus Coop in Radłów.
16. dtto	N. 2838.	R. Jos. **Łabuda** Coop. in Sucha factus Admin. in Sidzina post mortem p. m. parochi Adalberti **Blaszyński**.
dtto		R. Nicolaus **Kurzeja** Coop. in Jordanów translatus ad Sucha.

	dtto	N. 2843.	R. Alex. **Pers** Coop. in Baranow factus Vicarius Cath. et par. Tarnov. in locum A. R. Stanislai **Walczyński,** qui Spiritualis in Seminario nominatus extitit.
29.	dtto	N. 2990.	R. Andreas **Knycz,** Coop. in Oświęcim, institutus pro Polanka wielka.
	dtto		Franc. **Gajda,** Coop. in Łodygowice factus Coop. in Oświęcim.
	dtto		R. Vincent. **Komorowski** Coop. in Milówka transl. ad Łodygowice.
	dtto		R. Franciscus **Dolinaj** Admin. in Polanka factus Coop. in Milówka.
31.	dtto	N. 3034.	R. Mathias **Figwer** Coop. in Lisiagóra transl. ad Baranow.

N. 3293.
Rubrum cuilibet Exhibito ad Consistorium apponatur completum.

Quolibet anno jam in Notificationibus, jam in specialibus Eliberationibus commendatur, ut *Rubrum* jam Petito, jam Relationi demandatæ &c. ad Nos directæ apponatur completum, id est: *datum et Nr*. Exhibiti, nec non Provocationis Nostræ... item tenor breviter exprimatur in eo... cujus ope respectivus Protocollista ac Referens, sine jactura temporis, illico informaretur de negotii natura — Ast nihilominus bene multi hanc praxim ubique introductam... negligere conspiciuntur.

Quare denuo obtestantur, ut tandem aliquando omnes P. T. Presbyteri proficuam hanc regulam observare satagant. Tarnoviæ 24. Sept. 1866.

N. 3044.
Piis ad aram precibus commendatur

Anima Perillust. p. m. Adalberti Stokłosiński, Decani et Inspectoris scholarum emeriti, Parochi Mikluszovic. actualis, ætatis 60 et sacerdotii 35 annor. Sacramentis moribundorum provisi, facta orali substantiæ suæ dispositione, 31 Aug. a. c. post horrendos morbi 7. mensium cruciatus, ante ortum solis demortui — pro cujus anima præterea Consodales pro f. m. 1 Missæ sacrificium litare tenentur.

E Consistorio Episcopali,

Tarnoviae die 24. Sept. 1866.

Josephus Alojsius,

Episcopus Tarnoviensis.

JOANNES FIGWER, Cancellarius.

Tarnoviæ & Premisliæ. Typis Anastasii Rusinowski, 1866.

Impensis Illustrissimi ac Reverendissimi Consistorii.